

# **Aktuelle Satzung des Golfclub Oberberg e.V.**



29. November 2022

## **§ 1**

### **Name, Sitz, Geschäftsjahr**

1. Der Verein führt den Namen „Golf Club Oberberg e.V.“ Er ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Siegburg unter Nr. VR80726 eingetragen.
2. Sitz des Vereins ist Reichshof-Hassel.
3. Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

## **§ 2**

### **Zweck und Mittelverwendung**

1. Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung des Golfsports nach den Grundsätzen des Amateursports.
2. Dieser Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb, die Unterhaltung, Instandhaltung und Instandsetzung einer Golfanlage, das Abhalten eines geordneten Spielbetriebs, die Ausrichtung von Wettspielen, die Förderung golfsportlicher Übungen und Leistungen, die Förderung der Jugend und die Teilnahme an Verbandswettspielen.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

## **§ 3**

### **Mitgliedschaft**

1. Der Verein hat folgende Mitglieder:
  - 1.1. ordentliche Mitglieder
  - 1.2. passive Mitglieder,
  - 1.3. außerordentliche Mitglieder, und

#### 1.4. Ehrenmitglieder.

#### 2. Ordentliche Mitglieder sind volljährige

- a. Mitglieder mit uneingeschränktem Spielrecht,
- b. Mitglieder mit eingeschränktem Spielrecht,
- c. Schnuppermitglieder, bzw.
- d. Greenfee-Mitglieder,

die den Golfsport auf der Vereinsanlage ausüben und zur Zahlung des Mitgliedsbeitrags gemäß der Beiträge und Gebührenordnung verpflichtet sind.

- 3. Passive Mitglieder sind Personen, die den Golfsport auf der Vereinsanlage nicht ausüben und zur Zahlung des vollen Mitgliedsbeitrags für passive Mitglieder nach der Beiträge und Gebührenordnung verpflichtet sind.
- 4. Außerordentliche Mitglieder sind solche, die zwar zur Ausübung des Golfsports auf der Vereinsanlage, nicht aber zur Ausübung eines Stimmrechtes in der Mitgliederversammlung berechtigt sind, und die zur Zahlung eines Beitrages nach der Beiträge und Gebührenordnung verpflichtet sind. Über die weitere inhaltliche Ausgestaltung der außerordentlichen Mitgliedschaft entscheidet der erweiterte Vorstand.
- 5. Ehrenmitglieder sind Personen, die sich durch ihren Einsatz für den Verein besondere Verdienste erworben haben. Sie werden auf Vorschlag des erweiterten Vorstands von der Mitgliederversammlung bestimmt.

### **§ 4**

#### **Erwerb der Mitgliedschaft**

- 1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person oder Gesellschaft werden.
- 2. Über den schriftlichen Antrag entscheidet der erweiterte Vorstand mit 2/3 Mehrheit; ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht. Der Antrag soll den Namen, das Alter, den Beruf, die Anschrift des Antragstellers und die Bezeichnung der Art der angestrebten Mitgliedschaft enthalten. Minderjährige können die Mitgliedschaft im Verein nur

erwerben, wenn die gesetzlichen Vertreter in den Mitgliedschaftsvertrag schriftlich eingewilligt haben.

## **§ 5**

### **Beendigung der Mitgliedschaft, Ordnungsmaßnahmen**

1. Die Mitgliedschaft endet
  - 1.1. mit dem Tod des Mitglieds,
  - 1.2. bei juristischen Personen
    - 1.2.1. mit der Eröffnung des (vorläufigen) Insolvenzverfahrens über das Vermögen der juristischen Person,
    - 1.2.2. mit der Ablehnung der Eröffnung des (vorläufigen) Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Mitglieds mangels Masse,
    - 1.2.3. mit der Auflösung der juristischen Person oder 25 Jahre nach deren Aufnahme,
  - 1.3. durch Austritt des Mitglieds,
  - 1.4. durch Ausschluss des Mitglieds aus dem Verein, oder
  - 1.5. durch Streichung von der Mitgliederliste.
2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Die Erklärung ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.

Vorstehendes gilt auch für den Wechsel in einer anderen Mitgliedschaft, sofern der Wechsel nicht automatisch erfolgt. Im Falle der Beendigung der Mitgliedschaft gemäß vorstehender Ziffer 1.1, 1.3 oder 1.4 endet die Mitgliedschaft mit dem Zeitpunkt des Eintritts des jeweiligen Ereignisses.

Eine Erstattung fälliger Beiträge ist ausgeschlossen.

Auf Antrag und durch Beschluss des erweiterten Vorstandes können aus wichtigem Grund ein abweichender Kündigungszeitpunkt und/oder eine (teilweise) Erstattung fälliger Beträge erfolgen.

3. Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Satzung, die Vereinsinteressen oder die Grundsätze der Sportlichkeit in besonders grober Weise verstoßen hat, durch Beschluss des erweiterten Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Bei weniger schwerwiegenden Verstößen gegen die Satzung, vereinsschädigendem Verhalten oder

unsportlichem Verhalten eines Mitglieds kann der erweiterte Vorstand anstelle eines Ausschlusses die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen beschließen. Diese sind:

- 3.1. Verwarnung,
- 3.2. befristete Wettspielsperre,
- 3.3. befristetes Platzverbot.

Wettspielsperre und Platzverbot dürfen die Dauer von sechs Monaten nicht überschreiten. Zuvor ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zur persönlichen oder schriftlichen Stellungnahme zu geben. Der Beschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied bekannt zu geben. Gegen einen Ausschlussbeschluss steht dem Mitglied das Recht zur Berufung an den „Ehrenrat“ zu. Die Berufung muss innerhalb eines Monats nach Zugang des Ausschlussbeschlusses schriftlich beim erweiterten Vorstand oder Ehrenrat eingegangen sein. Der Ehrenrat entscheidet endgültig über den Ausschluss des Mitglieds bzw. über die Aufhebung des Ausschlussbeschlusses des erweiterten Vorstandes. Mit Versäumen der Berufungsfrist oder schriftlicher Bestätigung des Ausschlusses durch den Ehrenrat gegenüber dem Mitglied ist die Mitgliedschaft beendet.

4. Ein Mitglied kann durch Beschluss des erweiterten Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Jahresbeitrages, der Aufnahmegebühr, der Verzehrpauschale, einer Umlage bzw. eine Investitionsumlage im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn nach Absendung des 2. Mahnschreibens ein Monat vergangen und die Zahlung nicht erfolgt ist. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.

## **§ 6**

### **Organe des Vereins**

Die Organe des Vereins sind

1. der Vorstand,
2. der erweiterte Vorstand,
3. die Mitgliederversammlung,
4. der Ehrenrat, und
5. die Kassenprüfer.

## **§ 7**

### **Vorstand**

1. „Vorstand“ i. S. d. § 26 BGB sind der Vorsitzende, sein Stellvertreter, der Platzwart und der Schatzmeister. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinsam vertreten.
  2. Der „erweiterte Vorstand“ besteht aus:
    - (a) dem/der Vorsitzenden (Vorstand),
    - (b) dem/der stellvertretenden Vorsitzenden (Vorstand),
    - (c) dem/der Schatzmeister/in (Vorstand),
    - (d) dem/der Platzwart/in (Vorstand),
    - (e) dem/der Spielführer/in,
    - (f) dem/der Jugendwart/in, und
    - (g) dem/der Schriftführer/in,
    - (h) dem/der Integrationsbeauftragter/e
- Er führt die Geschäfte des Vereins (Entscheidungszuständigkeit im Innenverhältnis).
3. Vorstand und erweiterter Vorstand werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie bleiben solange im Amt, bis ein neuer (erweiterter) Vorstand wirksam gewählt ist. Dies gilt auch für einzelne Vorstandsmitglieder. Die Übergangszeit ist auf höchstens sechs Monate begrenzt. Scheidet ein Mitglied des Vorstands oder erweiterten Vorstands während der Amtsperiode aus, wählt der erweiterte Vorstand ein Ersatzmitglied für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds, das nicht amtierendes Mitglied des Vorstandes sein darf.
  4. Bei Beendigung der Mitgliedschaft endet auch das Amt als Vorstand. Das Amt des Vorstandes endet unabhängig von dem Ende der Mitgliedschaft bereits zu dem Zeitpunkt, zu dem die Austrittserklärung des betreffenden Vorstandsmitgliedes oder dem betreffenden Vorstandsmitglied der Beschluss über den Ausschluss aus dem Verein oder die Streichung von der Mitgliederliste zugeht.
  5. Die Beschlussfassung des erweiterten Vorstands regeln die §§ 32, 34 BGB. Einzelheiten können vom erweiterten Vorstand in einer Geschäftsordnung niedergelegt werden.

## **§ 8**

### **Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:
  - 1.1. Genehmigung des vom erweiterten Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das laufende Geschäftsjahr;
  - 1.2. Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des erweiterten Vorstandes;
  - 1.3. Entlastung des Vorstands und des erweiterten Vorstands;
  - 1.4. Wahl des (erweiterten) Vorstands;
  - 1.5. Wahl des Ehrenrats und der Kassenprüfer;
  - 1.6. Beschlussfassung über Investitionsumlagen (§ 13 Nr. 2 Abs. 2);
  - 1.7. Beschlussfassung über Verzehrpauschalen (§ 13 Nr. 2 Abs. 3);
  - 1.8. Beschlussfassung über Umlagen (§ 13 Nr. 7);
  - 1.9. Beschlussfassung über Satzungsänderungen und die Vereinsauflösung;
  - 1.10. Beschlussfassung über sonstige Anträge, die der erweiterte Vorstand ihr zur Entscheidung vorlegt;
  - 1.11. Bestimmung von Ehrenmitgliedern auf Vorschlag des erweiterten Vorstandes (§ 3 Nr. 1.4).
2. Die Mitgliederversammlung wird einmal jährlich abgehalten. Sie ist vom Vorsitzenden, im Verhinderungsfalle von dessen Vertreter, unter Einhaltung einer Einladungsfrist von vier Wochen schriftlich per einfachen Brief oder E-Mail-Schreiben einzuberufen. Die Einladung gilt als form- und fristgerecht erfolgt und dem Mitglied als zugegangen, wenn diese drei Werktage vor Ende der Einladungsfrist an die zuletzt vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene Adresse oder E-Mail-Adresse versandt wurde. Die Mitglieder sind verpflichtet, dem Verein Änderungen der Anschrift oder E-Mail-Anschrift mitzuteilen. Fehlerhafte und veraltete Adressen gehen zu Lasten des Mitglieds.

Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung ist die vom Vorstand festgesetzte Tagesordnung mitzuteilen. Anträge auf Satzungsänderung müssen unter Benennung der abzuändernden Vorschrift im Wortlaut mitgeteilt werden. Jedes stimmberechtigte Mitglied kann bis spätestens drei Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Fristgerechte Anträge sind den Mitgliedern eine Woche vor der Mitgliederversammlung durch den Vorstand schriftlich oder E-Mail-Schreiben zur Kenntnis zu geben.

3. Das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung haben alle ordentlichen Mitglieder, passiven Mitglieder und Ehrenmitglieder. Die Mitgliederversammlung bestimmt zu Beginn der Versammlung einen Versammlungsleiter und einen Protokollführer.
4. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Zehntel aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit unveränderter, nicht erweiterungsfähiger Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
5. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Zur Änderung der Satzung und zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von  $\frac{3}{4}$  der abgegebenen Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Bei Wahlen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt, in der die einfache Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
6. Es wird grundsätzlich offen durch Handheben abgestimmt. Die Mitgliederversammlung kann eine andere Abstimmungsart beschließen, wenn  $\frac{1}{3}$  der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies verlangt.
7. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Beschlussprotokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters und des Protokollführers, die Zahl der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung.
8. Beschlüsse der Mitgliederversammlung können nur innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntmachung angefochten werden. Zur Wirksamkeit der Anfechtung ist die schriftliche Einlegung des gegebenen Rechtsmittels beim zuständigen Gericht erforderlich.



## **§ 9**

### **Ehrenrat**

1. Der Ehrenrat entscheidet in Fällen der Anrufung gemäß § 5 Abs. 3 der Satzung.
2. Der Ehrenrat wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Er besteht aus drei Mitgliedern und bestimmt aus seiner Mitte den Vorsitzenden.
3. Die Beschlussfassung des Ehrenrats regelt eine Geschäftsordnung.

## **§ 10**

### **Ausschüsse**

1. Der erweiterte Vorstand kann im Bedarfsfall aus dem Kreise der Mitglieder Ausschüsse bilden, denen jeweils mindestens ein Mitglied des erweiterten Vorstands angehören soll. Solche Ausschüsse haben nur beratende Funktion.
2. Der erweiterte Vorstand beruft zudem die Mitglieder eines Spielausschusses und eines Vorgabenausschusses für die Dauer der Wahlperiode des erweiterten Vorstands. Diese Ausschüsse müssen aus mindestens drei Personen bestehen.

## **§ 11**

### **Kassenprüfer**

Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung des Vereins wird jährlich durch zwei von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählte Kassenprüfer/innen geprüft. Die Wiederwahl der Kassenprüfer ist möglich. Sie erstatten der Mitgliederversammlung einen Prüfungsbericht.

## **§ 12**

### **Vergütung für die Vereinstätigkeit**

1. Die Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
2. Der Vorstand ist berechtigt, Tätigkeiten für den Verein gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung oder Aufwandsentschädigung zu beauftragen. Maßgebend ist die Haushaltslage des Vereins.

## **§ 13**

### **Aufnahmegebühren, Beiträge und Umlagen**

1. Mit der Aufnahme in den Verein kann das jeweilige Mitglied zur Zahlung eines Aufnahmebeitrages und einer Investitionsumlage verpflichtet werden, die mit dem Jahresbeitrag fällig wird. Jugendliche und passive Mitglieder zahlen keinen Aufnahmebeitrag und keine Investitionsumlage.
2. Der erweiterte Vorstand legt fest, ob und in welcher Höhe ein Aufnahmebeitrag erhoben wird.

Die Mitgliederversammlung legt fest, ob und in welcher Höhe eine Investitionsumlage erhoben wird.

3. Der Verein erhebt von seinen Mitgliedern, mit Ausnahme der passiven Mitglieder, eine jährliche Verzehrpauschale von derzeit brutto 100,00 € pro Vollzahler und brutto 50,00 € für Teilzahler, Auszubildende und Studenten. Die Verzehrpauschale wird mit dem Jahresbeitrag fällig.

Der Verein wird in Abstimmung mit dem Pächter die von seinen Mitgliedern gezahlten Verzehrpauschalen in Raten auf ein gesondertes Unterkonto des Vereins einzahlen und dem Pächter einer gastronomischen Einrichtung der Golfanlage für dieses Unterkonto eine widerrufliche Vollmacht erteilen. Der Pächter ist berechtigt, die auf dem Unterkonto hinterlegte Verzehrpauschale des jeweiligen Mitglieds des Vereins mit den von dem jeweiligen Mitglied bei dem Pächter in dem Pachtobjekt verzehrten Speisen und Getränke zu verrechnen, sofern und soweit das betroffene Mitglied die Verzehrpauschale geleistet hat. Eine anderweitige Verwendung ist dem Pächter nicht gestattet. Der Verein wird dem Pächter im April jeden Jahres eine tabellarische Übersicht der geleisteten Verzehrpauschalen zukommen lassen. Der Pächter wird dem Verein im November eines jeden Jahres die ordnungsgemäße Verwendung der Verzehrpauschalen nachweisen. Die Verzehrpauschalen können zwischen Mitgliedern des Vereins frei übertragen werden.

Die Abrechnung mit den Mitgliedern über den jeweiligen Verbrauch (auch nach völligem Verzehr des Guthabens) obliegt dem Pächter. Die eingezahlten Verzehrumlagen verfallen für das jeweilige Mitglied am Ende des Kalenderjahres, wenn in diesem Kalenderjahr der Betrag nicht durch tatsächlichen Verzehr verbraucht worden ist. Das Restguthaben aus

der Verzehrumlage kann durch Inanspruchnahme eines Lieferservices mit dem Pächter verbraucht werden.

Klarstellend ist darauf hinzuweisen, dass der Pächter mit den Einnahmen aus der Verzehrumlage als Mindestumsatzeinnahme für seinen Betrieb kalkulieren darf. Eine Haftung des Vereins für eine etwaige Uneinbringlichkeit von Forderungen aus oder im Zusammenhang mit der Verzehrpauschale ist ausgeschlossen, sofern nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Vereins oder seiner handelnden Organe vorliegt.

Ebenfalls klarstellend ist darauf hinzuweisen, dass vorstehende Regelungen in Bezug auf die Verzehrpauschalen gleichfalls zur Anwendung gelangen, auch wenn die gastronomische Einrichtung nicht durch einen Pächter, sondern durch den Golfclub in Eigenverantwortung betrieben wird.

4. Jedes Mitglied hat einen Jahresbeitrag zu leisten, der zum Ende des Monats Februar eines Jahres bzw. mit Aufnahme in den Verein fällig ist. Jugendliche und passive Mitglieder zahlen einen ermäßigten Jahresbeitrag.
5. Die Höhe des Jahresbeitrages für ordentliche Mitglieder, passive Mitglieder und Ehrenmitglieder wird nach einem Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung festgelegt. Beiträge für außerordentliche Mitglieder werden von dem erweiterten Vorstand nach billigem Ermessen festgelegt.
6. Einem Mitglied, das unverschuldet in eine finanzielle Notlage geraten ist, kann der Beitrag gestundet oder für die Zeit der Notlage ganz oder teilweise erlassen werden. Über einen Stundungs- oder einen Erlassantrag entscheidet der erweiterte Vorstand.
7. Die Mitgliederversammlung kann nach einem Vorschlag des Vorstands Umlagen beschließen, wenn ein außerordentlicher Finanzbedarf vorliegt und dieser durch den Vereinszweck gedeckt ist.
8. Mitglieder sind verpflichtet, für die Dauer der Mitgliedschaft dem Verein ein SEPA-Mandat für den Lastschrifteinzug der Mitgliedsbeiträge und Verzehrpauschale zu erteilen. Die Erklärung des Mitglieds dazu erfolgt mit dem Aufnahmeantrag.
9. Der Vorstand ist ermächtigt, eine Gebührenordnung über die Nutzung von Einrichtungen, Anlagen oder Geräten des Vereins nach billigem Ermessen zu erlassen.

## **§ 14**

### **Haftung**

1. Der Verein, seine Organmitglieder und die im Interesse und für die Zwecke des Vereins im Auftrag handelnden Personen haften gegenüber den Mitgliedern im Innenverhältnis nicht für fahrlässig verursachte Schäden oder Verluste, die Mitglieder im Rahmen des Vereinsbetriebs, bei Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen und Geräten des Vereins oder bei Veranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden oder Verluste nicht durch die Versicherungen des Vereins gedeckt sind. Soweit hiernach Versicherungsschutz besteht, ist § 31a Abs. 1 S. 2 BGB nicht anzuwenden.
2. Werden die Personen nach Abs. 1 von Dritten im Außenverhältnis zur Haftung herangezogen, ohne dass Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt, so haben diese gegen den Verein einen Anspruch auf Ersatz ihrer Aufwendungen zur Abwehr der Ansprüche sowie auf Freistellung von den Ansprüchen Dritter.

## **§ 15**

### **Vereinsordnungen**

1. Der Verein gibt sich Vereinsordnungen zur Regelung der internen Vereinsabläufe.

Folgende Vereinsordnungen können erlassen werden:

- 1.1. Geschäftsordnung der Organe des Vereins
- 1.2. Haus- und Platzordnung
- 1.3. Beiträge und Gebührenordnung für die Nutzung von Anlagen, Einrichtungen oder Geräten des Vereins
- 1.4. Richtlinie zum Datenschutz

Die Richtlinie zum Datenschutz enthält Regelungen zur Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe von personenbezogenen Daten der Mitglieder durch den Verein an beispielsweise den Betreiber der Gastronomie und den Deutschen Golf Verband e. V.

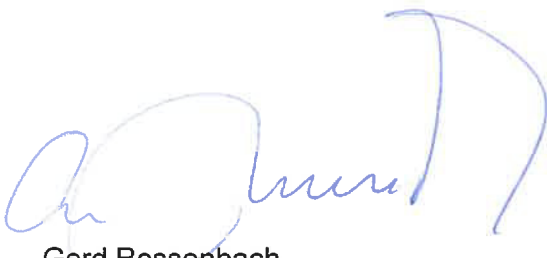
2. Für den Erlass, die Außerkraftsetzung und Änderung der Vereinsordnungen ist der Vorstand zuständig.

## **§ 17**

### **Auflösung des Vereins**

1. Die Auflösung des Vereins kann durch die Mitgliederversammlung mit der in § 8 Nr. 5 der Satzung festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden.
2. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins fällt das Vermögen des Vereins an den Deutschen Golf Verband e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für Pflege und Förderung des Golfsports nach den Grundsätzen des Amateursports zu verwenden hat.

29. November 2022



Gerd Rossenbach

Vorsitzender und Versammlungsleiter



Christoph Felix Pluschke

Schriftführer und Protokollführer

# **Aktuelle Satzung des Golfclub Oberberg e.V.**



29. November 2022